

## Kurzberichte

### Der Bundesvoranschlag 1959

Der Bundesvoranschlag 1959 sieht Ausgaben von 40.427 Mill. S vor, davon 37.458 Mill. S im ordentlichen und 2.969 Mill. S im außerordentlichen Haushalt. Die laufenden Einnahmen werden auf 36.467 Mill. S geschätzt. Das veranschlagte Defizit beläuft sich somit im ordentlichen Budget auf 991 Mill. S und im Gesamtbudget auf 3.960 Mill. S. Es wird erwartet, daß zumindest der Abgang im ordentlichen Haushalt durch Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen beseitigt werden kann. Das außerordentliche Budget wird allerdings fast ganz durch Kreditoperationen finanziert werden müssen. Die Ermächtigung des Finanzministers, für diesen Zweck in- und ausländische Anleihen aufzunehmen, ist von 2 Mrd. S auf 4 Mrd. S erhöht worden.

### Vergleich der Bundesvoranschläge 1958 und 1959

	1959	1958 Mill. S	Differenz
Ordentliche Gebarung			
Ausgaben	37.458	37.264	+ 194
Einnahmen	36.467	36.278	+ 189
Abgang	991	986	+ 5
Außerordentliche Gebarung	2.969	1.707	+ 1.262
Gesamtgebarung	3.960	2.693	+ 1.267

### Mehrausgaben für Staatsschuld, Sozialleistungen und Investitionen

Die für 1959 vorgesehenen Gesamtausgaben von 40,4 Mrd. S sind nur um 1,4 Mrd. S oder kaum 4% höher als im Voranschlag 1958. Da beide Ansätze als sehr realistisch angesehen werden müssen, bedeutet dies gleichzeitig die *relativ geringste Budgetausweitung* seit Kriegsende.

Im Vergleich zum Voranschlag 1958 sind nur der Schuldendienst, die Sozialleistungen und die Investitionen nennenswert gestiegen. Aber selbst diese Mehraufwendungen halten sich mit Ausnahme des Dienstes für die Staatsschuld in relativ engen Grenzen. Die meisten übrigen Ausgabenarten wurden geringer dotiert als im Vorjahr.

Der *Personalaufwand* wird mit 14,6 Mrd. S nur geringfügig (+92 Mill. S) höher ausgewiesen als für 1958. Davon entfallen 9,8 Mrd. S auf aktive Bedienstete und 4,8 Mrd. S auf Pensionisten. Der Anteil der Personalausgaben am Gesamtbudget be-

### Struktur der Bundesausgaben

	Bundesvoranschlag 1959	1958 Mill. S	Differenz
Löhne und Gehälter	9.777	9.680	+ 97
Pensionen	4.847	4.852	- 5
Renten, Unterstützungen u. Beihilfen <sup>1)</sup>	6.314	5.934	+ 380
Preisstützungen	1.229 <sup>2)</sup>	1.477	- 248
Landesverteidigung (Sachaufwand)	1.631	1.681	- 50
Schuldendienst (einschl. ERP-Abfuhr)	1.967	1.486	+ 481
Staatsvertrag	1.501	1.605	- 104
Instandhaltung	914	1.043	- 129
Brutto-Investitionen	3.813	3.536	+ 277
Investitionszuschüsse u. -darlehen	1.423	1.075	+ 348
Sonstiger Sachaufwand <sup>3)</sup> (Restpost)	7.011	6.603	+ 408
Gesamtausgaben	40.427	38.972	+ 1.455

<sup>1)</sup> Einschl. Bundeszuschuß zur Sozialversicherung — <sup>2)</sup> Weitere 411 Mill. S wurden nicht veranschlagt; sie sollen auf dem Kreditwege vorfinanziert werden —  
<sup>3)</sup> Einschl. Zwischenzahlungen und interne Verrechnungen

trägt nunmehr 36% gegenüber 37% im Voranschlag 1958.

Der Aufwand für *Renten und Unterstützungen* ist mit 6,3 Mrd. S um 6% höher als im Vorjahr. Der bedeutendste Teil des Mehraufwandes entfällt auf zusätzliche Leistungen des Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds (+303 Mill. S). Aber auch der Bundeszuschuß zur Sozialversicherung (1,5 Mrd. S) wurde um 162 Mill. S erhöht. Die Arbeitslosenunterstützungen erfordern 74 Mill. S mehr. Demgegenüber konnten in der Kriegsopferversorge 96 Mill. S eingespart werden.

Für *Preisstützungen* sind 1,2 Mrd. S vorgesehen, das sind *formell* um 248 Mill. S weniger als im Jahre 1958. Tatsächlich sollen aber um 163 Mill. S mehr aufgewendet werden, da insgesamt 411 Mill. S außerbudgetär auf dem Kreditwege vorfinanziert werden. Die Tilgung des Vorfinanzierungsdarlehens soll gleichmäßig auf die Budgetjahre 1960 bis 1964 verteilt werden. Die Milchpreissubvention mußte um weitere 141 Mill. S auf 891 Mill. S erhöht werden.

Die *Landesverteidigung* muß sich annähernd mit den gleichen bescheidenen Mitteln begnügen wie im Vorjahr (2,1 Mrd. S). Für die Bedienung der *Staatsschuld* waren mit fast 2 Mrd. S um 481 Mill. S zusätzliche Mittel bereitzustellen. Der hohe Mehraufwand ist fast zur Hälfte der kurzfristigen Verschuldung zuzurechnen (Bundesschatzscheine usw.). Die Verpflichtungen aus dem *Staatsvertrag* sind vor allem dank der Reduzierung der Ablieferungen (Erdöl) an die UdSSR mit 1,5 Mrd. S

um 104 Mill. S geringer veranschlagt als im Jahre 1958. Für *investitionsähnliche* Zwecke (ohne ERP-Freigaben) wird der Bund im kommenden Jahr 6 1 Mrd. S zur Verfügung stellen, 496 Mill. S oder 9% mehr als im Voranschlag 1958. De facto wird die Erhöhung des Investitionsbudgets allerdings etwas geringer ausfallen, da bestimmte Investitionsdarlehen an die Energiewirtschaft im Vorjahr (1958) als Beteiligungen erworben wurden.

Vom Investitions-Gesamtaufwand entfallen 0 9 Mrd. S auf Instandhaltung, 3 8 Mrd. S auf Brutto-Investitionen der Hoheitsverwaltung und der Bundesbetriebe und 1 4 Mrd. S auf Darlehen und Zuschüsse für Investitionen in anderen Bereichen der Wirtschaft.

Insgesamt werden vom Bundesbudget 1959 *mindestens* die gleichen investitionsfördernden Impulse ausgehen wie im laufenden Jahr. Die Zunahme des *übrigen Sachaufwandes* um 408 Mill. S auf 7 Mrd. S ist größtenteils *unecht*, da allein 290 Mill. S auf die Erhöhung einer internen Durchlaufpost entfallen (Überweisung des Überschusses des Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds an den Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds).

#### Realistische Einnahmenschätzung

Die laufenden Einnahmen werden für 1959 mit 36 5 Mrd. S nur um 0 2 Mrd. S oder  $\frac{1}{2}\%$  höher geschätzt als jene für 1958. Da aber der Ansatz für 1958 aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ganz erreicht werden wird, rechnet der Voranschlag tatsächlich bereits mit einer Einnahmensteigerung von 1 bis 3%.

Die Brutto-Erträge an *öffentlichen Abgaben* sind für 1959 mit 27 5 Mrd. S präliminiert. Nach Abzug der Überweisungen an Länder, Gemeinden, Kammern und Fonds sollen dem Bund netto 18 2 Mrd. S verbleiben, 0 7 Mrd. S oder 3% weniger, als nach dem Voranschlag 1958 hätte eingehen sollen. Da dieser jedoch die tatsächlichen Steuereingänge — soweit jetzt bereits erkennbar — um etwa 1 5 Mrd. S überschätzt hat, wird *de facto* mit einer *mäßigen Zunahme* der Steuererträge gerechnet.

Mit Ausnahme der Einkommensteuer weisen alle *direkten Steuern* höhere Ansätze auf als im Vorjahr. Mit der Abnahme des Einkommensteuerertrages um 100 Mill. S auf 2 7 Mrd. S wird erstmalig ein Effekt der Steuersenkung 1958, der sich bei der Lohnsteuer bereits erschöpft hat, in Rechnung gestellt. Sämtliche veranlagten Steuern (Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen- und Gewerbesteuer) sollen zusammen mit 7 7 Mrd. S um 0 3

#### Struktur der Bundeseinnahmen

	Bundesvoranschlag		Differenz
	1959	1958	
	Mill. S		
Direkte Steuern insgesamt	11 905	11 468	+437
davon			
Einkommensteuer	2 700	2 800	-100
Lohnsteuer	2 350	2 200	+150
Körperschaftsteuer	2 300	2 100	+200
Vermögenssteuer	500	400	+100
Gewerbesteuer	2 200	2 100	+100
Sonstige	1 855	1 868	-13
Indirekte Steuern insges.	15 638	16 629	-991
davon			
Umsatzsteuer einschl. Bundeszuschlag	7 650	8 400	-750
Zölle	1 860	2 000	-140
Verbrauchssteuern	3 118	3 168	-50
Gebühren und Verkehrssteuern	3 010	3 061	-51
Öffentliche Abgaben insges.	27 543	28 097	-554
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	- 9 339	- 9 227	+112
Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben	18 204	18 870	-666
Steuersähnliche Einnahmen <sup>1)</sup>	3 897	3 568	+329
Sonstige Einnahmen der Hoheitsverwaltung <sup>2)</sup>	4 901	4 286	+615
Hoheitsverwaltung insges. <sup>2)</sup>	27 002	26 724	+278
Betriebseinnahmen der Monopole und Betriebe	9 465	9 554	- 89
Gesamteinnahmen	36 467	36 278	+189

<sup>1)</sup> Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Kinder- und Familien-Ausgleichsfonds, Sonderbeiträge gem. Wohnungsbeihilfengesetz — <sup>2)</sup> Einschl. ordentl. ERP-Gebahrung sowie Zwischenzahlungen und Durchlaufposten

Mrd. S mehr erbringen als nach dem Voranschlag 1958.

Aus *indirekten Steuern* werden 15 6 Mrd. S erwartet, um 1 Mrd. S weniger als für 1958 geschätzt worden war. Die damalige Überschätzung betraf vor allem die Umsatzsteuer, deren Ansatz von 8 4 Mrd. S (1958) auf 7 65 (1959) herabgesetzt werden mußte. Aber auch die Zölle (1 9 Mrd. S), die Verbrauchsteuern (3 1 Mrd. S) sowie die Gebühren und Verkehrssteuern (3 Mrd. S) wurden etwas niedriger präliminiert als im Vorjahr.

Die mit 8 8 Mrd. S angesetzten *übrigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung überschreiten hingegen die Ansätze des Vorjahres (7 9 Mrd. S) erheblich. Dennoch enthält auch diese Schätzung offenbar noch bedeutende stille Reserven.

Die *Einnahmen der Betriebe und Monopole*, für 1959 mit 9 5 Mrd. S (1958: 9 6 Mrd. S) angesetzt, können entgegen der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1958 vermutlich leicht erreicht werden.

#### Ökonomische Interpretation des Bundesvoranschlages

Unter der problematischen Annahme, daß die Ausgabensätze 1959 streng eingehalten werden können, ist es aus verschiedenen Gründen sehr wahrscheinlich, daß das veranschlagte Gesamtdefizit von 4 Mrd. S beträchtlich gesenkt werden kann.

Zunächst ist es nahezu sicher, daß bei einer Steigerung des Sozialproduktes von nur 3% bis 4% das Defizit im ordentlichen Haushalt von 1 Mrd. S verschwinden würde, jedes weitere Steigerungsprozent erbringt erfahrungsgemäß Mehreinnahmen von 0,3 bis 0,4 Mrd. S.

Ferner beabsichtigt die Budgetpolitik anscheinend, das Budget 1959 von Anweisungsrückständen, die noch das Jahr 1958 betreffen, weitgehend zu entlasten. Dies muß zwangsläufig zu einer Verbesserung der Gestion 1959 führen, allerdings zu Lasten des laufenden Jahres.

Schließlich ist die Hoffnung auf einen neuen internationalen Konjunkturaufschwung im Laufe des

Jahres 1959 nicht ganz unbegründet. Er könnte in Österreich nicht zuletzt dank einer konjunkturgerechten Budgetpolitik rascher einsetzen als in Ländern, die vorerst einen Rückschlag zu überwinden hatten.

Aus diesen Gründen kann selbst nach vorsichtiger Beurteilung erwartet werden, daß das wirkliche Gesamtdefizit um mindestens 1 Mrd. S kleiner als das veranschlagte sein wird. Unter der Voraussetzung einer neuerlichen Beschleunigung der Wirtschaftsexpansion wäre sogar eine Reduktion auf die Hälfte (2 Mrd. S) nicht ausgeschlossen. Auf jeden Fall wird aber die expansive Wirkung des Budgets 1959 geringer sein als im Jahre 1958.

## Vorschau auf den Schweinemarkt

### Erhöhte Nachwuchsproduktion

Nach der repräsentativen Erhebung vom 3. September war der Schweinebestand mit 2,86 Mill. Stück<sup>1)</sup> um 28.000 (1%) höher als im Vorjahr; es wurden mehr Jungschweine (+6%) gezählt, hingegen weniger trächtige Tiere (-2%), Ferkel (-3%) und Mastschweine (-3%). Am 3. Juni lag der Bestand noch um 3% über dem Vorjahresniveau, es gab mehr Ferkel (+2%), Jungschweine (+6%) und Mastschweine (+1%), aber weniger trächtige Tiere (-5%). Die Tendenzumkehr ergab sich aus den verringerten Sauenzulassungen vom 1. Halbjahr 1958. Die Einschränkung der Nachzucht wird sich teilweise noch auf den Schweinebestand im Dezember auswirken, der mit rund 2,9 Mill. Stück wahrscheinlich geringfügig niedriger sein wird als im Dezember 1957.

Von Juni bis September ist der Bestand fast im saisonüblichen Ausmaß gewachsen (+11% gegen +12%). Die Zählung vom 3. Juni hatte demgegenüber nur eine Zunahme um 8% (auf 2,79 Mill. Stück) erwarten lassen. Die im Vergleich zur Prognose stärkere Bestandszunahme (+2%) ist umso bemerkenswerter, als der Gesamtstand im Abschnitt vorher (von März bis Juni) unverändert geblieben war, obwohl saisongemäß mit einem Zuwachs von 7% gerechnet wurde. Im einzelnen waren die Veränderungen gegenüber dem Vorquartal verschieden. Die Zahl der Ferkel, die saisongemäß um 4% wächst, stieg um 7%, während sich die der

trächtigen Tiere um 10%, statt um 18%, verringerte. Hingegen nahmen Jungschweine (+6%) und Mastschweine (+32%) schwächer zu als im langjährigen Durchschnitt (+8%, +42%).

Die Landwirtschaft hat im Herbst mehr Zuchttiere belegen lassen, als saisongemäß — nach dem Bestand im Juni — zu erwarten war. Der Index der Sauenzulassungen, der von 111 (Dezember 1957) auf 107 (März 1958) und 97 (Juni 1958) zurückgegangen war, stieg im September wieder auf 106 (Dezember 1954=100). Damit wurde der rückläufige Trend der Schweinehaltung gestoppt. Die Entwicklung der Sauenzulassungen bis Dezember und anschließend im Winter 1958/59 bleibt jedoch abzuwarten. Die Preisentwicklung für Ferkel und Schlachtschweine sowie die Rentabilität der Schweinemast würden für eine gleichbleibende oder leicht erhöhte Nachwuchsproduktion sprechen. Ein Problem bildet jedoch die Futtermittelversorgung wegen der niedrigeren Ernten an Futtergetreide und Kartoffeln. Überdies spielt die Frage eine Rolle, ob und in welcher Höhe in Zukunft eine Einfuhrabgabe auf Eiweißfuttermittel zu entrichten sein wird.

### Bestand an trächtigen Sauen

	1957		März Stück	1958	
	September	Dezember		Juni	September
Effektiv . . . . .	132 449	148 260	158 599	143 099	129 362
Saisonbereinigt <sup>1)</sup> . . . . .	150 339	152 688	147 534	133 363	146 835
Index (Dez. 1954=100)	109	111	107	97	106

<sup>1)</sup> Saisonindex Ø 1950/57

Der Ferkelpreis in Wels lag im II. und III. Quartal um 13% und 2% unter, im Oktober je-

<sup>1)</sup> Siehe dazu Statistische Übersichten 38 und 39

doch um 4% über dem Niveau von 1957. Der Großhandelspreis für Schlachtschweine in Wien-St. Marx war im August und September um 7% und 4% höher, im Oktober aber nur gleich hoch wie im Vorjahr. Die Rentabilität der Schweinemast, die im I. und II. Quartal gegenüber 1957 unverändert geblieben war, stieg im III. Quartal infolge günstiger Schweinepreise. Im Oktober jedoch büßte die Landwirtschaft den Rentabilitätsvorsprung wieder ein.

### Preise für Ferkel und Schlachtschweine, Ertragsindex der Schweinemast

Zeit	Ferkelpreis in Wels (O. O.)		Großhandelspreis für Schlachtschweine <sup>1)</sup>		Ertragsindex der Schweinemast <sup>2)</sup>	
	1957	1958	1957	1958	1957	1958
	S je kg					
Ø I. Quartal	16 17	14 37	13 83	13 40	9 4	9 4
Ø II. „	15 88	13 74	13 83	12 98	9 4	9 4
Ø III. „	13 92	13 62	13 85	14 30	9 3	9 7
Oktober	12 13	12 60	13 95	13 90	9 6	9 6

<sup>1)</sup> I. Qualität, Monatsmitte Wien-St. Marx — <sup>2)</sup> Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Körnermais bzw. Futtergerste

Eine Einfuhrabgabe auf Eiweißfuttermittel in der Höhe von 1 S je kg würde die Kosten der Ferkelaufzucht und Schweinemast nicht unerheblich erhöhen. Nach einer überschlägigen Kalkulation auf Grund von Fütterungsnormen für die Schweineschnellmast mit Getreide oder Hackfrüchten<sup>1)</sup> würden die Produktionskosten je Schwein insgesamt um 60 S steigen; davon entfielen 20 S auf die Zucht und Aufzucht und 40 S auf die Mast<sup>2)</sup>. Da die Produzenten infolge der Preisregelung für Schlachtschweine (Preisbandbestimmungen) nicht in höhere Preise ausweichen können, ist damit zu rechnen, daß die Schweinehaltung im ganzen eingeschränkt, die Saisonschwankung des Angebotes verstärkt und der Importbedarf vergrößert würde. Dies um so mehr, als das Schweineangebot infolge des hohen Anteils der zugekauften Futtermittel am Futtermittelverbrauch und wegen der Möglichkeit der kurzfristigen Produktionsumstellung erfahrungsgemäß rasch auf Preis-Kosten-Änderungen reagiert.

### Knapper Futtermittelvorrat

Nach der vorläufigen amtlichen Schätzung war die Ernte an Gerste, Hafer und Körnermais im Jahre 1958 insgesamt um 87.000 t und die an Spätkartoffeln um 705.000 t niedriger als im Jahre 1957. Wenn man berücksichtigt, daß im Vorjahr 40.000 t

<sup>1)</sup> Vgl.: G. Rupp: „Wendepunkt in der Schweinemast“, Förderungsdienst, Jg. 5, Heft 12, Dezember 1957.

<sup>2)</sup> Dabei wurde vorausgesetzt, daß sich die Handelspreise in ihrer absoluten Höhe nicht verändert

ausgewachsenes Brotgetreide verfüttert wurden, so ergibt sich für 1958/59, in Getreidewert gerechnet, eine um mehr als 300.000 t oder 21% geringere Futtermittelreserve<sup>3)</sup>, das sind fast zwei Drittel des durchschnittlichen jährlichen Importbedarfes an Futtergetreide. Im Wirtschaftsjahr 1957/58 wurden, den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zufolge, 401.000 t ausländisches Futtergetreide verbraucht, um 76.000 t oder 16% weniger als im Wirtschaftsjahr 1956/57. Nach dem Importplan des Getreideausgleichsfonds sollen im Wirtschaftsjahr 1958/59 470.000 t Futtergetreide importiert werden. Diese Menge wird jedoch infolge der kleineren eigenen Futtermittelbasis kaum ausreichen, wenn der Schweinebestand auf der gegenwärtigen Höhe gehalten werden soll.

### Futtermittelbilanz<sup>1)</sup>

	1957	1958 <sup>2)</sup>
	1 000 t	
Ertrag an Gerste, Hafer und Mais	937 8 <sup>3)</sup>	810 6
Für Industrie und Ernährung	— 164 8	— 164 8
Saatgut	— 83 0	— 83 0
Für Futterzwecke	690 0	562 8
Ertrag an Spätkartoffeln	3 932 7	3 227 6
Für Industrie und Ernährung	— 655 2	— 655 2
Pflanzgut	— 340 0	— 340 0
Für Futterzwecke	2 937 5	2 232 4
Insgesamt für Fütterung verfügbar in Getreidewerten <sup>4)</sup>	1 424 4	1 120 9

<sup>1)</sup> Institutberechnung ohne Berücksichtigung des Schwundes. — <sup>2)</sup> Vorläufige Angaben. — <sup>3)</sup> Einschließlich 40.000 t ausgewachsenes Brotgetreide. — <sup>4)</sup> 4 kg Kartoffeln = 1 kg Getreidewert

Diese Frage sollte um so mehr beachtet werden, als den Züchtern von den Landwirtschaftskammern empfohlen wurde, die Zulassungen in den Monaten September, Oktober und November weiter zu verstärken, um mehr Schlachtschweine im Sommer und Herbst 1959 auf den Markt bringen zu können. Durch Subventionen für den Ankauf von Infrarotstrahlern will man größere Aufzuchtverluste im Winter verhindern. Außerdem ist vorgesehen, den Bezug von Futtermitteln durch verbilligte Kredite zu erleichtern, sofern sich die Mäster zur Lieferung schlachtreifer Schweine in den Monaten Juli bis Oktober 1959 verpflichten.

**Sehr gutes Aufzuchtresultat; Angebot an Schlachtschweinen im Frühjahr 1959 voraussichtlich so hoch wie im Frühjahr 1958**

Im Gegensatz zu dem schlechten Aufzuchtresultat in der Periode März bis Mai 1958 mit 4 24 Ferkel je trächtige Sau steht das sehr gute Auf-

<sup>3)</sup> Dies unter der Annahme, daß für industrielle Zwecke, für die Ernährung und zur Aussaat die gleichen Mengen wie im Jahr vorher benötigt werden.

zuchtergebnis in den Monaten Juni, Juli und August mit 5 69 Ferkel. Mit insgesamt 814 213 Stück war der Ferkelzugang der höchste der Nachkriegszeit. Dieses günstige Ergebnis hat den Rückgang an trächtigen Tieren vom März bis Juni 1958 wieder aufgewogen. Die Schlachtungen im Winter 1958/59 werden daher höher sein als im Vorjahr. Dagegen wird sich das Angebot an Schlachtschweinen im Spätherbst 1958 durch das ungünstige Aufzuchtergebnis vom Frühjahr 1958 gegenüber der letzten Vorschätzung etwas verringern.

### Ferkelzugang

Zeit	1956		1957		1958	
	Insgesamt	Je trächtige Sau	Insgesamt	Je trächtige Sau	Insgesamt	Je trächtige Sau
Dezember bis						
Februar <sup>1)</sup>	449 234	3 48	561 459	4 21	666 942	4 50
März bis Mai	627 200	4 45	707 734	4 78	671 981	4 24
Juni bis August	682 100	5 16	807 252	5 35	814 213	5 69
September bis						
November	494 856	4 24	616 069	4 65		

<sup>1)</sup> Dezember jeweils vom Vorjahr

In den Monaten Juni, Juli und August wurden 465 000 Schweine aus der Inlandsproduktion in gewerblichen Betrieben geschlachtet bzw. exportiert, gegen 421 000 in der gleichen Periode des Vorjahres. Die Zahl der Schlachtungen deckte sich mit der Prognose des Institutes (455 000 bis 475 000). Auch die Zahl der Hausschlachtungen (70 300) war größer als im Vorjahr (55 700). Der Umfang der gewerblichen Schlachtungen von September bis November wird vom Institut auf etwa 430 000 und von Dezember 1958 bis Februar 1959 auf 465 000 geschätzt, um rund 40 000 und 15 000 Stück höher als ein Jahr vorher. Da angenommen werden muß, daß die durchschnittliche Mastdauer weiter verkürzt werden wird, dürfte im Frühjahr und Sommer 1959, trotz den etwas niedrigeren Beständen an Ferkeln und trächtigen Sauen im

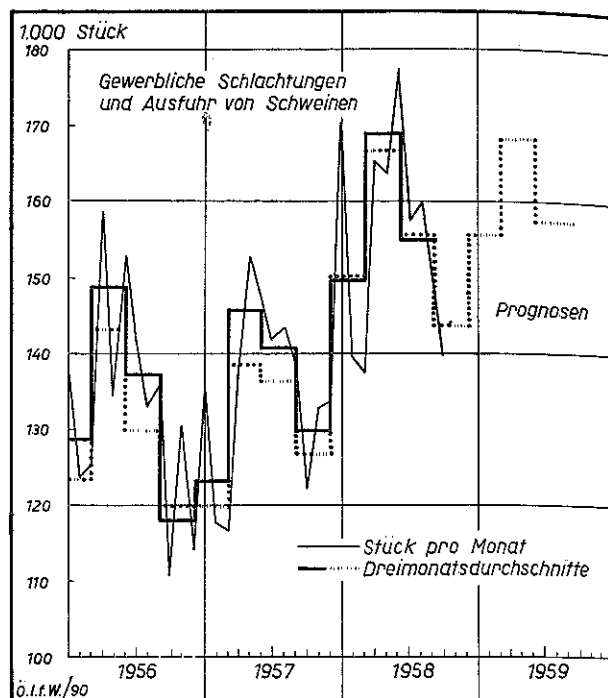
### Anfall von Schlachtschweinen in Österreich<sup>1)</sup>

Jahr	Dezember bis Februar <sup>2)</sup>	März bis Mai	Juni bis August	September bis November
1 000 Stück				
Schlachtungen insgesamt				
1957	930	569	477	528
1958	1 012	667	535	570-590
1959	1 015-1 035	645-665	530-550	
Gewerbliche Schlachtungen				
1957	369	437	421	388
1958	448	506	465	420-440
1959	455-475	495-515	460-480	

<sup>1)</sup> Einschließlich Ausfuhr; Prognosen des Institutes (*kurziv gedruckt*) fußen auf den Ergebnissen der Schweinezählung von September 1958, wobei angenommen wurde daß sich Sauenzulassungen, Aufzuchtergebnisse und Hausschlachtungen in nächster Zeit nicht stärker verändern. — <sup>2)</sup> Dezember jeweils vom Vorjahr

### Schweineschlachtungen

(Normaler Maßstab; in 1 000 Stück)



Trotz dem etwas niedrigeren Bestand an Ferkeln und trächtigen Sauen im September dürfte die Landwirtschaft im nächsten Frühjahr und Sommer ungefähr ebenso viele Schlachtschweine anbieten wie im Jahre 1958, da die durchschnittliche Mastdauer verkürzt werden wird. In dem Zeitabschnitt September 1958 bis August 1959 werden voraussichtlich 1 87 Mill Schweine auf den Markt kommen, 3% mehr als im Vorjahr.

September 1958, ungefähr die gleiche Anzahl Schweine auf den Markt kommen wie im Jahre 1958. Das Angebot an Schlachtschweinen im Rechnungsjahr September 1958 bis August 1959 von schätzungsweise 1 87 Mill Stück wird um etwa 60 000 Stück oder 3% größer sein als im Vorjahr; für die entsprechenden Zeitabschnitte vorher (Juni 1958 bis Mai 1959 bzw. März 1958 bis Februar 1959) ergibt die gleiche Berechnung noch ein Mehrangebot von rund 100 000 Stück oder 6% bzw 170 000 Stück oder 10%.

Der Wiener Markt wurde von Juni bis Ende August nach den Berichten des Marktamtes mit 128 600 Schweinen aus dem Inland und mit 9 200 Schweinen aus dem Ausland versorgt, gegen 121 600 und 17 100 im Vorjahr (-900 Stück). Das Angebot aus dem Inland war schwächer als erwartet, hauptsächlich weil die Lieferungen aus dem Bundesland Oberösterreich eingeschränkt wurden. So ging der Anteil Oberösterreichs an der Versor-

gung Wiens seit dem Vorjahr von 21% auf 17% zurück, während der Anteil Niederösterreichs von 62% auf 66% stieg. Im September und Oktober sind die Schweinelieferungen aus Oberösterreich nach Wien weiter gesunken und waren um 2 900 und 4 500 Stück oder 39% und 61% niedriger als im Jahre 1957. Dieser Rückgang dürfte auf den steigenden Fremdenverkehr und auf einen erhöhten Fleischverbrauch in den westlichen Bundesländern durchzuführen sein. Insgesamt sind auf dem Wiener Markt im September und Oktober trotz größerer Inlandsproduktion 8 000 Schweine weniger angeboten worden als im Vorjahr. Um den Schweinepreis unter den vereinbarten Höchstpreis zu drücken, wurden 44 500 Schweine aus Polen, Ungarn und Bulgarien aufgetrieben, doppelt so viel wie in den gleichen Monaten 1957. Wenn Oberösterreich in Zukunft jedoch wieder im früheren Umfang Schweine nach Wien liefern sollte oder andere Bundesländer (Niederösterreich, Burgenland, Steiermark) ihre Lieferungen verstärken, wird sich das inländische Angebot zwischen Dezember 1958 und August 1959 voraussichtlich wieder um den Vorjahresstand bewegen.

### Belieferung Wiens mit inländischen Schlachtschweinen<sup>1)</sup>

Jahr	Dezember bis Februar <sup>2)</sup>	März bis Mai	Juni bis August	September bis November
	1 000 Stück			
1957	115 9	152 8	121 6	113 2
1958	153 7	172 8	128 6	100—110
1959	150—160	160—170	120—130	

<sup>1)</sup> Lebend oder gestochen; Prognosen des Institutes *kurtiv* gedruckt. — <sup>2)</sup> Dezember jeweils vom Vorjahr.

Nach den Berechnungen des Institutes hat sich der *Fleischverbrauch* in den ersten drei Quartalen im Vergleich zu 1957 um 4% erhöht. Im IV. Quartal und im 1. Halbjahr 1959 dürfte das inländische Fleischangebot gegenüber dem Vorjahr im ganzen um nicht mehr als 3 bis 4% steigen (das Schweinefleischangebot um 3%). Wenn die kaufkräftige Nachfrage weiterhin wächst und die Schlachtviehimporte wie bisher auf den notwendigen Ergänzungsbedarf beschränkt bleiben, hat die Landwirtschaft eine Überfüllung des Marktes kaum zu befürchten. Um die Preise stabil zu halten, werden Interventionskäufe und Viehexporte im 1. Halbjahr 1959 wahrscheinlich nicht im gleichen Umfang notwendig sein wie im 1. Halbjahr 1958.

### Der Budgetvoranschlag der Österreichischen Bundesbahnen für 1959

Der Budgetvoranschlag der ÖBB sieht für 1959 laufende Betriebsausgaben in der Höhe von 6.611 Mill. S und Einnahmen von 5 118 Mill. S vor. Der Betriebsabgang beträgt somit 1 493 Mill. S, der Gesamtabgang (einschließlich der außerordentlichen Investitionen von 1 096 Mill. S) 2 589 Mill. S.

#### Voranschlag der ÖBB für 1959

	1959 Mill. S	1958 Mill. S	1959 in % v 1958	Kassenerfolg 1957 Mill. S
Personalaufwand	4 459 2	4 498 6	99 1	4 370 3
Aktive Bedienstete	2 576 5	2 600 5	99 1	2 484 5
Pensionisten	1 882 7	1 898 1	99 2	1 885 8
Sachaufwand	2 152 2	2 595 4	82 9	2 426 2
Betriebsausgaben	6 611 4	7 094 0	93 2	6 796 7
Betriebseinnahmen	5 118 4	5 350 0	95 7	5 149 9
Betriebsabgang	1 493 0	1 744 0	85 6	1 646 8
Außerordentlicher Aufwand	1 096 0	732 0	149 7	635 2
Gesamtabgang	2 589 0	2 476 0	104 6	2 282 0
Gesamtausgaben	7 707 4	7 826 0	98 5	7 431 9

<sup>1)</sup> Auf Grund des korrigierten Voranschlages, in dem 311 Mill. S aus dem außerordentlichen Aufwand in den ordentlichen Sachaufwand transferiert wurden

Der Voranschlag stimmt, ähnlich wie das Generalbudget des Bundes, weitgehend mit dem für 1958 überein. Die gesamten Ausgaben und Ein-

nahmen wurden um 1% und 4% niedriger veranschlagt, so daß der Gesamtabgang um knapp 5% höher sein wird als im Vorjahr. Aus finanzpolitischen Erwägungen werden die Betriebsausgaben gesenkt (—7%), die außerordentlichen Aufwendungen (+48%) aber erhöht. Um das laufende Budget zu entlasten, wurden von den vorgesehenen 641 Mill. S für Erneuerungsarbeiten an Anlagen 311 Mill. S in das außerordentliche Budget übernommen, das teilweise durch Anleihen gedeckt werden soll. Korrigiert man das Budget dementsprechend, dann sind gegen 1958 die Betriebsausgaben nur um 2% statt um 7% niedriger, der Betriebsabgang ist nicht um 14% geringer, sondern um 3% höher und im außerordentlichen Budget werden nur 7% statt 50% mehr veranschlagt. Die Transferierung von Kostenaufwendungen in den a. o. Haushalt ist nicht unbedenklich; sie verfälscht die Betriebsrechnung, verringert künstlich das Defizit im ordentlichen Budget und gibt ein zu günstiges Bild von der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens.

Dem Voranschlag liegen die Nachfrage- und Preisverhältnisse von 1958 zugrunde, wie die Übereinstimmung der einzelnen Budgetansätze mit dem

voraussichtlichen Kassenergebnis 1958 erkennen läßt. Berücksichtigt man die oben erwähnte Korrektur, dann werden praktisch gleich hohe Betriebsausgaben und um 2% höhere Einnahmen erwartet; dadurch wird sich der Betriebsabgang um knapp 5% verringern, sofern die Vorausschätzung des Kassenergebnisses 1958 zutrifft

*Voranschlag 1959 und voraussichtlicher  
Kassenerfolg 1958*

	Voranschlag 1959	Korrigierter Voranschlag <sup>1)</sup>	Voraussicht- licher Kassener- folg 1958 <sup>2)</sup>	Voranschlag 1958
Betriebsausgaben	6 611 4	6.922 4	6.900	7.094 0
Betriebseinnahmen	5 118 4	5.118 4	5.000	5.350 0
davon				
Personenverkehr	1.145 4	1.145 4	1.100	1.038 0
Güterverkehr	3.488 4	3.488 4	3.370	3.836 1
Sonstige	484 5	484 5	530	475 9
Betriebsabgang	1 493 0	1 804 0	1 900	1 744 0
Außerordentl. Aufwand	1.095 0	785 0	700	732 0
Gesamtabgang	2 589 0	2 589 0	2 600	2 476 0

<sup>1)</sup> Vgl. Fußnote <sup>2)</sup> in der Tabelle „Voranschlag der ÖBB für 1959“ — <sup>2)</sup> Schätzung auf Grund der Ergebnisse der ersten neun Monate 1958

Bei den Betriebsausgaben werden gegenüber dem Voranschlag 1958 Einsparungen an Personalkosten erwartet, teils zufolge geringerer periodisch anfallender Nebenleistungen für aktive Bedienstete, teils beim Pensionsaufwand, da die Zahl der Pensionempfänger niedriger veranschlagt wurde (87.302 gegen 87.989). Auch im (korrigierten) Sachaufwand hofft man, die Ausgaben für Kohle (infolge Elektrifizierung sowie Preissenkung), Güterwagenmiete, Kanzleimaterial und Förderungsleistungen senken und auf dem Niveau von 1958 halten zu können. Die finanzielle Gebarung im Jahre 1958 berechtigt zu dieser Annahme.

Die für 1959 präliminierten Betriebseinnahmen von 5.118,4 Mill. S liegen um 4% unter dem Voranschlag 1958, sind aber um 2% höher als der voraussichtliche Kassenerfolg. Entsprechend der Nachfrageentwicklung im Jahre 1958 wurden die Einnahmen aus dem Güterverkehr um 9% niedriger und jene aus dem Personenverkehr um 10% höher angesetzt als im Voranschlag 1958. Trotzdem liegen die Ansätze vor allem im Güterverkehr über den voraussichtlichen Eingängen 1958; die Differenz beträgt insgesamt rund 150 Mill. S. Wenn die Leistungen nicht über jene des Jahres 1958 gesteigert werden können, ist somit ein noch höherer Betriebsabgang zu erwarten, als er sich im Jahre 1958 voraussichtlich ergibt (1.900 Mill. S).

Im außerordentlichen Budget ist nach Abzug der 311 Mill. S Erneuerungskrediten ein Aufwand von 785 Mill. S vorgesehen, 7% mehr als im Vor-

anschlag 1958. Für die Elektrifizierung wurden 250 Mill. S angesetzt, gegen 380 Mill. S im langfristigen Investitionsprogramm (1954—1963) des Bundes, für andere Investitionen, wie Bahnhöfe, Streckenverbesserungen, Fahrpark usw. 535 Mill. S. Die Kürzung des Elektrifizierungsbudgets, von der auch Triebfahrzeuge betroffen werden, ist besonders bedauerlich, da es sich um echte Rationalisierungsinvestitionen handelt, die die Wettbewerbslage der Bahn verbessern könnten.

Der Voranschlag der ÖBB ist im großen und ganzen realistisch erstellt. Er basiert auf der Wirtschaftslage 1958 und verzichtet, spekulative Entwicklungsmomente einzubeziehen, wie Tarifänderungen oder die Übernahme betriebsfremder Lasten durch den Bund, über die seit geraumer Zeit verhandelt wird. Das Gesamtdefizit von 2.589 Mill. S, von dem rund 1.800 Mill. S in der laufenden Betriebsgebarung entstehen (rund 250 S pro Einwohner jährlich), läßt eine tiefgreifende finanzielle und verkehrsrechtliche Reform als dringend erscheinen. Von 1953 bis 1959 erhöhten sich die Betriebsausgaben und -einnahmen um 52% und 41%, der Betriebsabgang stieg um 97% von 917 Mill. S auf 1.800 Mill. S; die Verkehrsleistung nahm um 37% zu. Während die Tarife praktisch unverändert blieben — daher sind auch Verkehrsleistung (+37%) und Einnahmen (+41%) nahezu gleich stark gestiegen — erhöhten sich der Großhandelspreis für Industrierstoffe und die Baukosten um 14% und 20%, die Nettoverdienste der Arbeiter und Angestellten um 24% und 45%. Eine Tarifierhöhung um 40%, mit der die Betriebsgebarung ausgeglichen werden könnte, ist undurchführbar, da sie eine volkswirtschaftlich tragbare Koordination, vor allem mit dem Straßenverkehr unmöglich machen würde. Die Lösung liegt daher in einer Kombination zwischen Tarifierhöhung und Entlastung der Bahn von betriebsfremden Lasten, wie z. B. Pensionen und Tarifiermäßigungen. Vom Personalaufwand entfallen 42% auf Pensionen und für mehr als die Hälfte aller Transporte sind die Tarife ermäßigt. Soweit Vergünstigungen den wirtschaftlichen Interessen der Bahn widersprechen — dies gilt für die Pragmatisierungen wie für bestimmte Tarifnachlässe im Güter- und Personenverkehr — sind sie vom Bund zu tragen, der dann freilich auch die Entscheidungsgewalt darüber erhält, ob und in welchem Ausmaß diese speziellen Vergünstigungen gewährt werden. Es ist zu erwarten, daß dieser Reformplan im Laufe des Jahres 1959 teilweise verwirklicht wird.